



BUNDESPRÄSIDENTIALAMT

EINGEGANGEN

17. DEZ. 2015

BERLIN, 15. Dezember 2015  
Spreeweg 1

Geschäftszeichen: Z5 – 220 00-1-1/15  
(bei Zuschriften bitte angeben)

Posteo e.K.  
Herr Patrik Löhr  
Methfesselstraße 38

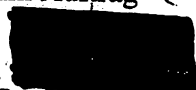
10965 Berlin

Sehr geehrter Herr Löhr,






Bundespräsident Joachim Gauck hat mich gebeten, für Ihren Brief vielmals zu danken und Ihnen zu antworten.

Im Rahmen der Ausfertigung von Gesetzen hat der Bundespräsident allein deren Verfassungsmäßigkeit, nicht aber die Zweckmäßigkeit einzelner gesetzlicher Regelungen zu überprüfen. Das hat er auch bei dem von Ihnen beanstandeten Gesetz zur Einführung einer Speicherpflicht und einer Höchstspeicherfrist für Verkehrsdaten unter Berücksichtigung der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts getan. Nach eingehender Prüfung ist er dabei zu dem Ergebnis gekommen, dass ein Verfassungsverstoß, der allein ihn hätte berechtigen können, die Ausfertigung zu verweigern, nicht vorliegt. Der Herr Bundespräsident hat daher – der Verfassung verpflichtet – das Gesetz am 10. Dezember 2015 unterschrieben und den Auftrag zur Verkündung im Bundesgesetzblatt gegeben.

Mit freundlichen Grüßen  
Im Auftrag

  
Prof. Dr. Pieper  
Referat Verfassung und Recht,  
Justitiariat

Briefanschrift: Bundespräsidialamt 11010 Berlin, Internet: <http://www.bundespraesident.de>  
E-Mail: 

Telefon:  Behördennetz:  (Durchwahl:   
Telefax:  Behördennetz:  (Durchwahl: 